



Antrag

Fraktion DIE LINKE

Dublin-Übereinkommen überwinden

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag von Sachsen-Anhalt bestärkt den Minister für Inneres und Sport in seiner Auffassung, dass das Dublin-Übereinkommen gescheitert ist.
2. Der Landtag bittet den Minister für Inneres und Sport, sich auf Bundesebene und auf europäischer Ebene für die Überwindung des Dublin-Übereinkommens sowie für ein neues - gegenüber den Asylsuchenden und Flüchtlingen, wie auch aus bineneuropäischer Sicht - gerechtes System der Verantwortungsteilung in Europa einzusetzen.

Begründung

Ein großer Teil der in Sachsen-Anhalt lebenden Asylsuchenden sind sogenannte Dublinfälle. Menschen also, die über einen anderen europäischen Staat in die Bundesrepublik eingereist und die verpflichtet sind, dort ihren Asylantrag zu stellen. Seit vielen Jahren stehen die Dublinregelungen in der Kritik vieler internationaler und auch lokaler Hilfsorganisationen, NGOs und Fachverbände der Flüchtlingsarbeit.

Die im Landtag von Sachsen-Anhalt vertretenen Fraktionen haben die Dublinregelungen, die Kritik und auch die möglichen Alternativen in der Vergangenheit sehr unterschiedlich bewertet und diskutiert. Im Juni dieses Jahres unternahm der Ausschuss für Inneres und Sport eine Delegationsreise nach Sizilien, um sich ein Bild von der Flüchtlingssituation vor Ort und den Lebensbedingungen für Asylsuchende in Italien zu machen. Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Verwaltung und Hilfsorganisationen, mit denen die Delegation aus Sachsen-Anhalt gesprochen haben, zeichneten bezüglich der Realität von Dublin ein übereinstimmendes Bild: im Jahr 2014 kamen ca. 170.000 Asylsuchende und Geflüchtete in Italien an, nur ca. 63.000 Menschen davon stellten in Italien einen Asylantrag. Über den Verbleib und das Schicksal der anderen kann spekuliert werden und liegen nur partielle

(Ausgegeben am 24.06.2015)

Erkenntnisse vor. Alle Gesprächspartnerinnen und -partner machten deutlich, dass es aus ihrer Sicht dringend einer neuen europäischen Verständigung und Regelung zum Umgang mit Migrations- und Flüchtlingsbewegungen dieser Welt braucht.

In den Augen der einbringenden Fraktion ist ein Paradigmenwechsel in der europäischen Migrationspolitik dringend geboten. Insbesondere eine Orientierung an dem u. a. auch vom Bürgermeister Palermos vertretenen Konzept der Freizügigkeit als unveräußerliches Menschenrecht und des Rechts auf freie Wohnortwahl, unabhängig vom Aufenthaltsstatus, sollte in unseren Augen zum neuen Leitprinzip europäischer Zuwanderungspolitik werden.

Unabhängig von den zum Teil gegensätzlichen politischen Konzepten und Alternativen zu den Dublin-Übereinkommen, die die Fraktionen und die im Landtag vertretenen Parteien verfolgen, zeigen das erwähnte Zahlenverhältnis, wie auch die Zahl der Rücküberstellungen aus Sachsen-Anhalt, dass die theoretischen Dublinregelungen wenig mit der Realität zu tun haben.

Die einbringende Fraktion hält es jenseits aller Unterschiede in den politischen Ableitungen für notwendig, dass der Landtag von Sachsen-Anhalt sich die Feststellung die der Minister für Inneres und Sport getroffen hat, Dublin sei nicht haltbar, auch in politisches Handeln münden zu lassen.

Wulf Gallert
Fraktionsvorsitzender